

Chronik zum geplanten Ausbau der Autobahnrasthöfe Münsterland-Ost und -West

Seit über 20 Jahren Dauerthema

Von Simon Beckmann und Jule Müller

MÜNSTER-ROXEL. Es ist ein Thema, das schon seit Jahren die Gemüter in Münsters Westen erregt: der geplante Ausbau der Autobahnraststätten Münsterland-Ost und -West. Nachdem 2002 die ersten Pläne vorgelegt wurden, folgte ein jahrelanges Hin und Her. Auch die Bürgerinitiative Landschaftsschutz Roxel hat sich gegründet. Eine Chronik von 2002 bis heute soll zeigen, was sich in den letzten 22 Jahren getan hat – und was nicht.

Januar 2002: Es wird öffentlich bekannt gegeben, dass die beiden Autobahnrasthöfe am Rande Roxels – Münsterland-Ost und -West – erweitert werden sollen. Die ersten Entwurfsskizzen für den Ausbau werden vorgelegt. Auf beiden Rasthöfen soll Platz für 110 Lastwagen und Busse geschaffen werden. Botho Mechias (Landesbetrieb Straßenbau NRW) spricht bei einem Ortstermin von einem 4,5 Millionen Euro teuren Projekt. Die Bagger sollen im Jahr 2005 anrücken.

Juli 2002: Die Bürgerinitiative Landschaftsschutz Roxel wird im Anschluss an die Bekanntgabe der Pläne gegründet. Seit 2022 ist Dr. Meinolf Rohleder der Vorsitzende der BI.

2003: Der Rat der Stadt Münster stimmt einstimmig gegen den Ausbau.

2006: Die erste Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) läuft. Es soll geklärt werden, wie sich das Projekt auf Menschen, Tiere, Pflanzen, biologische Vielfalt, Boden, Wasser, Luft, Klima, Landschaft sowie Kulturgüter auswirken kann. Die Bürgerinitiative bemängelt, dass eine UVP schon viel früher hätte durchgeführt werden müssen.

März 2008: Das Planfeststellungsverfahren verschiebt sich um zwei weitere Jahre, teilt die damalige Vorsitzende der BI, Theodora Bocken-Rohleder, mit. Vermutlich hätten die starken Bürgerproteste gegen das Projekt in nicht unerheblichem Maße dazu beigetragen. Nach Angaben der BI werden mehr als 10 000 Unterschriften gegen den Ausbau der Anlagen gesammelt und an die zuständigen Stellen weitergegeben. Der Bau der Lkw-Stellplätze soll nicht vor 2012 in Angriff genommen werden.

2012: Das Planfeststellungsverfahren lässt weiter auf sich warten. Es wird eine alternative Standortbestimmung begonnen.

2014: Das Unternehmen „Tank und Rast“ beschließt nach Angaben der BI, auf der Westseite einen kompletten Neubau zu errichten. Von den Plänen habe die Bürgerinitiative erst vier Jahre später erfahren. September 2018: Der Landesbetrieb Straßenbau Nordrhein-Westfalen beantragt für das Bauvorhaben die Durchführung des Planfeststellungsverfahrens.

2019: Ein erster Plan für die Ostseite wird bekannt gegeben, die planungsrechtlich nicht so brisant sei, so Rohleder. Sie liegt nicht in einem Landschaftsschutzgebiet. Das erste Planfeststellungsverfahren wird eröffnet.

September 2019: Die Planunterlagen für die Westseite liegen öffentlich aus. Vorgesehen ist, die vorhandene Raststätte komplett abzubauen und durch einen kompakten Neubau zu ersetzen. Auch der Tankstellenbereich soll am vorhandenen Standort erneuert werden. Nach der Erweiterung sollen dort 96 Lkw-Plätze (davon 16 für Busse) und 115 Pkw-Plätze zur Verfügung stehen.

2020: Es folgt auch das erste Planfeststellungsverfahren für die Westseite. Für beide Verfahren gibt es bis heute keine Beschlüsse der Bezirksregierung.

Januar 2021: Die Autobahn GmbH des Bundes hat nun die Verantwortung für das Vorhaben vom Landesbetrieb Straßenbau NRW übernommen.

Juni 2021: Die Anhörung zur Erweiterung der Raststätte Münsterland West dauert drei Tage. „Wir hatten über 400 Einwendungen“, berichtet Christian Hantke, der als zuständiger juristischer Dezernent des Verkehrsdezernates der Bezirksregierung die Anhörung leitet. Ungeklärt bleibt dabei unter anderem die Ableitung des Oberflächenwassers. Bis heute wartet die betroffene Öffentlichkeit laut Meinolf Rohleder von der Bürgerinitiative auf eine zusätzliche Anhörung zu dieser Thematik.

März 2023: Die BI Landschaftsschutz Roxel reicht eine Petition beim Deutschen Bundestag ein. Dabei geht es um die Forderung einer „plausiblen und tragfähigen“ Verkehrsuntersuchung und einer Prognose für die A1 zwischen den Autobahnkreuzen Kamen und Lotte.

Mai 2023: Zu den im Jahr 2018 vorgelegten Plänen für die Autobahnraststätte Münsterland-Ost gibt es umfassende Ergänzungen, die bei der Bezirksregierung Münster eingesehen werden können. Verantwortlich für die Neuplanung ist nach Angaben der Bürgerinitiative die Autobahn GmbH Westfalen mit Sitz in Hamm.

Oktober 2023: Zum Ausbau der Raststätte Münsterland-West gibt es ebenfalls umfassende Ergänzungen.
Dezember 2023: Die Bürgerinitiative reicht eine Einwendung gegen das Deckblattverfahren ein. Damit kann während eines laufenden Planfeststellungsverfahrens die Planung geändert werden. Eine Anhörung dazu hat es laut Rohleder bis heute nicht gegeben.

Januar 2024: Anwohner und Befürworter Bernhard Ueding wendet sich an Verkehrsminister Volker Wissing. Ueding bekommt eine allgemeine Antwort: Sobald ein Beschluss der Planfeststellungsbehörde der Bezirksregierung Münster in den beiden Verfahren vorliege, sollen die Projekte zügig umgesetzt werden, heißt es aus dem Büro des Ministers. Die Autobahn GmbH Westfalen plant 148 neue Lkw- und 29 Pkw-Stellplätze an den beiden Rastanlagen zusammen.

Frühjahr 2024: Auch die BI schreibt dem Bundesministerium für Digitales und Verkehr und äußert Kritik, dass der Minister in laufende Planfeststellungsverfahren „von oben“ eingreifen würde. Eine Antwort liegt der Bürgerinitiative bis heute nicht vor, moniert Rohleder.

Quelle: WN vom 03.06.2024